MARKT

Mittwoch, 2. März 2011

Kämmerin muss wegen Betruges vor Gericht

Boltenhagens Kämmerin wird sich verantworten müssen

Boltenhagen (pm). Nach fast zwei Jahren hat die Staatsanwaltschaft Schwerin jetzt Anklage gegen das Ehepaar Kathrin und Frank Dietrich erhoben. Am 10. Mai 2011 findet in Wismar der Prozeßauftakt statt.

Wie vom MARKT mehrfach berichtet wird der Kämmerin des Ostseebades Boltenhagen vorgeworfen in mehreren Fällen zu Lasten der Arbeitsagentur Vermittlungsscheine an ihren Ehemann Frank Dietrich weitergeleitet zu haben, obwohl dieser mit seiner damaligen Personalvermittlung mit Sitz in Wismar nichts damit zu tun hatte.

Immerhin erhielt ein Mitarbeiter der Gemeinde Boltenhagen damals eine Strafe von fast 1.000 Euro. Das die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft so viel Zeit in Anspruch genommen haben, deutet darauf hin, dass es noch weitere Betrugsvorfälle geben könnte. Boltenhagens Bürgermeister Olaf Claus (parteilos) hatte Kathrin Dietrich damals vom Dienst suspendiert, wurde aber von der Mehrheit der Gemeindevertreter zurück gepfiffen.



Gemeindevertreter Frank Dietrich. Foto: pm

Letztlich musste er nach einem Gerichtsurteil die Kämmerin wieder einstellen. Dies lässt allerdings auch für viele Vermutungen Spielraum: Warum wollten die Gemeindevertreter bei derartig eindeutigen Beweisen die sofortige Rückkehr der Kämmerin in ihr Amt? Viele Spekulationen machen im Ostseebad Boltenhagen die Runde.



Die Kämmerin des Ostseebades Boltenhagen Kathrin Dietrich. Foto: pm

So konnte man hören, dass Kathrin Dietrich weitaus mehr Informationen hat, als die Öffentlichkeit bisher erfahren konnte.

Von einigen Gemeindevertretern konnte man überhaupt nichts erfahren, zu konsterniert waren sie nach der Anklage. Wolfgang Seidel (Bürger für Boltenhagen) allerdings wusste von Anfang an, dass es bei vielen Dingen nicht so läuft, wie es hätte laufen müssen. Dazu hat er dem MARKT auch seine eindeutige Meinung übermittelt (siehe unten-Politiker haben das Wort).

Bleibt nur zu hoffen, dass das Ostseebad Boltenhagen überhaupt noch die Chance hat amtsfrei den Prozeß zu verfolgen und nach dem Urteil Konsequenzen zieht, was die Weiterbeschäftigung der Kämmerin angeht.

Gemeindevertreter Frank Dietrich jedenfalls muss sich fragen, ob er nach einem Urteilspruch seinen Sitz in der Gemeindevertretung zurück gibt, denn das würde zweifellos die einzig richtige Entscheidung sein. Warten wir also den ersten Verhandlungstag ab.

Politiker haben das Wort

Für den Text sind die jeweiligen Parteien verantwortlich. Er spiegelt nicht die Meinung der Redaktion wider.

Weg mit der Amtsfreiheit führt nicht zum Ziel

Boltenhagen (pm). Am 10. Mai 2011 findet die Gerichtsverhandlung im Betrugsfall Dietrich statt. Die Ungewissheit über inhaltliche Sachverhalte und der daraus resultierende Streit um Formfragen der Entlassung, Wiedereinstellung, Widersprüche, Berufungen und ähnlichem, schwebte wie ein Damoklesschwert monatelang über unserer Gemeinde. Missstände sollen aufgezeigt werden, erklärte ein Gemeindevertreter in der OZ am 26. Februar. Das ist richtig und seit Jahren unbedingt erforderlich, wie die Verwaltungs-Prüfberichte enthüllten. Natürlich nicht nur die Dinge, die irgendwie mit dem Bürgermeister zusammenhängen. Nötig sind Maßnahmen und Konsequenzen, die sich insgesamt aus dem Verwaltungsalltag und dem Prüfbericht ergaben.

Wolfgang Seidel, Gemeindevertreter Ostseebad Boltenhagen

Leserbriefe

Die Zuschriften geben die Meinung der Leser wieder. Auswahl und Kürzungen vorbehalten.

Mit dem Umzug nach Klütz Vergangenheit entsorgen

Zum Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes für das Ostseebad Boltenhagen

Der Aufforderung des Gemeindevertreters Uwe Dunkelmann an die Anwesenden der Infoveranstaltung der Landrätin Birgit Hesse am 3.Februar einmal in den Prüfbericht des Gemeindeprüfungsamtes zu schauen, sind viele Boltenhagener gerne nachgekommen. Und der offenbarte Unglaubliches. Schonungslos werden hier Probleme im Verwaltungshandeln offengelegt, die offenbar ihre Wurzeln bereits in den 1990er Jahren haben müssen. Wie konnte so etwas eigentlich möglich sein? Wer ist dafür verantwortlich? Ist denn über zwanzig Jahre lang keinem der Abgeordneten aufgefallen, dass in den Verwaltungsabläufen allerlei gehörig danebenging? Die Bürgermeister kamen und gingen, die Gemeindevertretung aber blieb.

Ohne hier auf Details einzugehen, der Prüfbericht ist ein einmaliges Dokument des Scheiterns und Versagens ehrgeiziger Ambitionen der Gemeindevertretung und nicht allein des jetzigen Bürgermeisters, denn ein Kapitän kann immer nur so gut sein, wie es seine Mannschaft zulässt. Soviel müsste auch ein Berufsfischer wissen, bevor er mit seinem Finger auf den Verwaltungschef zeigt, der offensichtlich 2007 ohne es zu wissen einen maroden Laden übernommen hat.

Boltenhagen steckt in einer tiefen politischen, wirtschaftlichen und moralischen Krise. Das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit sind dahin. Jetzt einfach zur Tagesordnung überzugehen, mit dem Beschluss zur Aufgabe des Amtes Boltenhagen, ist der falsche Weg. Besser wäre es, den Wählerwillen aufzugreifen und eine Abstimmung der Bürger über die Amtszugehörigkeit zuzulassen. Und um das zerstörte Vertrauen in die Gremien wiederherzustellen, wären eigentlich Neuwahlen nötig. Aber wollen das die Boltenhagener denn überhaupt? Es wäre wichtig, endlich einmal reinen Tisch zu machen. Da ist z.B. ein ehemaliger SPD-Bürgermeister, der seinerzeit eigenmächtig gehandelt und gestützt durch die CDU-Fraktion den Fall Barrein zu verantworten hat. Eine höchstrichterliche Entscheidung über die Höhe der zu leistenden Entschädigung an die damals gefoppten Geschäftspartner wird erwartet und zwangsläufig auf Boltenhagens Steuerzahler zukommen. Leichtfertig wurde hier abermals das Geld der Steuerzahler verschwendet. Auch dies ist, wie andere Projekte der Gemeindevertretung, eine finanzielle Zeitbombe für den Ort. Auch der eingangs zitierte Abgeordnete hat sein Scherflein zur Vertrauenskrise beigetragen, mit dem Bau eines ‚Netzbodens für alle Fischer', wie es seinerzeit so schön hieß.

Dem Bürgermeister jetzt alles in die Schuhe schieben zu wollen und mit dem Umzug nach Klütz auch gleich die ganze Vergangenheit mit zu entsorgen, bedeutet die Flucht vor dem eigenen Versagen und Verschleierung. Die Verwaltung (Exekutive) soll durch die Gemeindevertretung (Legislative) kontrolliert werden, und die hat in Ausübung ihrer Pflichten schmählich versagt. Die Verantwortung für das eigene Handeln und Unterlassen wird einfach beiseitegeschoben. Jetzt vor den hausgemachten Problemen und der vom Wähler übertragenen Verantwortung zu fliehen, stellt den Abgeordneten ein Armutszeugnis aus.

Welche Zukunft aber hat eigentlich eine Gemeinde - mit Amt oder ohne -, in der so etwas möglich ist, die über zwei Jahrzehnte ihren Haushalt zuerst mal nur über Grundstücksverkäufe ausgleichen konnte? Und wo ist eigentlich das viele Geld geblieben? Wurde es denn auch immer zur Stärkung des Gemeinwohls verwendet? Wer kann denn darüber überhaupt noch Auskunft geben, wenn z.T. schon einfachste Buchungsvorgänge laut Prüfbericht nicht nachvollziehbar sind?

Es genügt nicht, nur die Gesetze zu kennen. Man muss sie aber auch leben und vorleben. Dabei darf man auch getrost seinen gesunden Menschenverstand einsetzen um z.B. über andere Lösungen nachzudenken als die klammheimliche Flucht ins Klützer Amt. Den Laden auf Vordermann zu bringen, hat der Bürgermeister zusammen mit der Gemeindevertretung noch drei Jahre Zeit. Dazu beizutragen sollte uns allen Verpflichtung sein.

Reiner Sommer
Boltenhagen